

Bildungsgerechtigkeit, aber auch für die Bildungschancen, für die geistige, soziale und gesundheitliche Entwicklung unserer jungen Menschen.

Sowohl die KMK als auch die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin sind sich einig: Der Schulbetrieb in Präsenz hat Vorrang.

Darum ist es nicht hinzunehmen, wenn eine Kommune in freier Auslegung der rechtlichen Grundlagen glaubt, entsprechend Zeichen setzen zu können.

Um es noch einmal klar zu sagen: Eingriffe in den Schul- und Unterrichtsbetrieb sind bei einem besonderen Infektionsgeschehen natürlich auch schon jetzt und auch schon seit längerer Zeit möglich und auch nötig. Die Grundlagen dafür habe ich genannt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, in der letzten Sekunde Ihrer Ausführungen hat sich Frau Abgeordnete Beer zu einer Zwischenfrage gemeldet. – Ich entnehme dem, dass Sie sie nicht zulassen. Oder?

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Ich hatte es nicht verstanden!)

– Ach so. Ich habe gesagt: In der letzten Sekunde Ihrer Redezeit hat sich Frau Abgeordnete Beer zu einer Zwischenfrage gemeldet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ach nee!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Da über einen Eilantrag ja auch direkt abzustimmen ist, darf ich nunmehr fragen, wer dem Inhalt des Eilantrags Drucksache 17/11727 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD. Gibt es Kolleginnen und Kollegen, die sich der Stimme enthalten wollen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Eilantrag Drucksache 17/11727 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zu:

11 Fragestunde

Dringliche Anfrage
Drucksache 17/11733

Mündliche Anfrage
Drucksache 17/11728

Mit Drucksache 17/11728 wurde die Mündliche Anfrage 85 des Kollegen Stefan Kämmerling von der Fraktion der SPD gestellt, mit Drucksache 17/11733 die Dringliche Anfrage 86 der Abgeordneten Sigrid Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Nach § 94 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung werden Dringliche Anfragen zu Beginn der Fragestunde aufgerufen und gehen somit den anderen Anfragen vor.

Daher rufe ich die

Dringliche Anfrage 86

der Abgeordneten Sigrid Beer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Welche Konzepte dürfen Schulen, Schulträger und örtliche Gesundheitsbehörden gemeinsam auf den Weg bringen?“ auf.

Ich darf vorsorglich darauf hinweisen, dass die Landesregierung in eigener Zuständigkeit entscheidet, welches Mitglied der Landesregierung eine Mündliche Anfrage und auch eine Dringliche Anfrage im Plenum beantwortet.

Die Landesregierung hat angekündigt, dass Herr Minister Laumann antworten wird, sodass ich ihm nun auch das Mikrofon freischalte. Bitte sehr, Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann*, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Kollege Kämmerling, die Landesregierung entscheidet ja, wer antwortet. Ich beantworte alle Fragen zu den Gesundheitsämtern. Die Frage zu den Ordnungsämtern beantwortet der Innenminister, der neben mir sitzt.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist aber die falsche!)

– Bitte?

(Christian Dahm [SPD]: Es geht um die Dringliche Anfrage!)

Jetzt zum Thema „Gesundheitsämter“: Die Gesundheitsämter nehmen bei der Bewältigung der Coronapandemie eine zentrale Rolle ein.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Das ist ein Missverständnis!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Es geht jetzt um die Dringliche Anfrage 86

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Dafür bin ich nicht zuständig!)

der Frau Abgeordneten Sigrid Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema: Welche Konzepte dürfen Schulen, Schulträger und örtliche Gesundheitsbehörden gemeinsam auf den Weg bringen?

Dann entscheidet die Landesregierung gerade um. Mein Sprechzettel ist nicht richtig formuliert.

(Heiterkeit von der SPD)

Natürlich hat die Landesregierung alles im Griff,

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Immer! – Beifall von der CDU)

aber offensichtlich mir das nicht mitgeteilt.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Ministerin Gebauer hat das Wort zur Beantwortung. Dann schalte ich ihr Mikrofon frei und das des Ministers Laumann wieder aus. – Bitte sehr, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Vielen lieben Dank, Frau Präsidentin. Ich hatte nur gehört, der Gesundheitsminister Laumann wollte antworten. Deswegen habe ich ihm freundschaftlich einen Stoß gegeben. Jetzt antworte ich natürlich sehr gern auf die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Sigrid Beer.

In Ihrer Begründung der zumindest für mich – das darf ich sagen – doch ein wenig fragwürdigen angeblichen Dringlichkeit Ihrer Frage

(Sarah Philipp [SPD]: Das haben Sie gar nicht zu bewerten!)

verweisen Sie neben konkreten, von der Stadt Solingen am 9. November 2020 selbst gemeldeten Zahlen zum aktuellen Infektionsgeschehen an den dortigen Schulen lediglich pauschal auf Einzelmeldungen der Presse. Das kann man tun, nenne ich aber sehr vage.

Systematisch und verlässlich werden entsprechende Zahlen im Rahmen der Schulbefragung Corona-Schnellmeldung Online, abgekürzt COSMO, jeweils zum Stichtag am Mittwoch einer Woche durch die Landesregierung erhoben.

Die Befragung zum letzten Stichtag am 4. November 2020 hat folgende zentrale Ergebnisse im Vergleich zur Vorwoche ergeben:

Der Anteil der Schulen mit Präsenzunterricht für alle Klassen liegt landesweit bei 87,5 %. Von 552 Schulen wurde eine Teilschließung und von sechs Schulen eine vollständige Schließung gemeldet.

Ich möchte an dieser Stelle allerdings auf Folgendes hinweisen: Unter „Teilschließung“ ist auch zu verstehen, wenn ein Jahrgang in einer Schule in Quarantäne geschickt wird. Allein das reicht schon für den Begriff „Teilschließung“.

Der Anteil der Lehrkräfte, die aufgrund von Corona nicht im Präsenzunterricht eingesetzt werden können, beträgt aktuell 5,8 %. Insgesamt wurden 559

bestätigte Coronafälle unter den Lehrkräften gemeldet. In Quarantäne befinden sich 3.465. Die Zahl der insgesamt im Präsenzunterricht einsetzbaren Lehrkräfte beträgt 90,4 %.

Pandemiebedingt konnten 3,5 % der Schülerinnen und Schüler nicht am Präsenzunterricht teilnehmen. Von den Schulen wurden 3.662 bestätigte Coronafälle unter den Schülerinnen und Schülern gemeldet. In Quarantäne befinden sich 50.000 Schülerinnen und Schüler.

Die aktuellen Ergebnisse für die 46. Kalenderwoche werden heute entsprechend eingesammelt. Die Auswertung kann aber in Bezug auf die heutige Fragestellung hier noch nicht dargelegt werden.

Auch wenn hinsichtlich des Infektionsgeschehens in den Schulen eine steigende Tendenz zu erkennen ist – ebenso wie bei uns im Land –, stellt sich doch mit Blick auf die landesweite Entwicklung die Frage, ob damit, wie von der Fragestellerin dargelegt, jetzt schon eine kritische Größe erreicht wird. Genaue Parameter, die einen solchen Wert definieren, existieren nicht. Es bleibt also der Fragestellerin überlassen, zu erläutern, was sie meint und was sie unter einer kritischen Größe versteht.

Wir halten uns als Landesregierung – das hat auch Gesundheitsminister Laumann heute Morgen deutlich gemacht – dagegen an die Fakten, an die Zahlen und an die Daten, die wir von den Gesundheitsämtern gemeldet bekommen.

Nach dem Datenbestand vom 10. November 2020 ist der tägliche Zuwachs bei den Fallzahlen der mit dem Coronavirus Infizierten zurückgegangen. Das freut uns. Darauf können wir uns natürlich nicht ausruhen. Wir müssen weiter schauen, dass wir mit unseren Maßnahmen hier noch weitere Rückgänge verzeichnen können.

Aber es zeigt auch, dass die Maßnahmen, die die Landesregierung insgesamt in den unterschiedlichsten Bereichen ergriffen hat, zumindest in den Ansätzen Wirkung zeigen.

Ich würde gern in Bezug auf den schulischen Bereich hier noch einmal einige Maßnahmen ausführen.

Wir haben gesagt: unter Coronabedingungen angepasster Präsenzunterricht nach Stundentafel unter strikter Befolgung der Hinweise und Verhaltensempfehlungen für die Hygiene und den Infektionsschutz an Schulen im Zusammenhang mit COVID-19. Dazu gehört natürlich auch ein entsprechender Hygieneplan. – Diese Maßnahmen sind zusammen mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, mit den kommunalen Spitzenverbänden, aber auch mit der Unfallkasse hier bei uns in Nordrhein-Westfalen erarbeitet worden.

Wir haben Maskenpflicht für alle Jahrgangsstufen ab der Klasse 5 auf dem Schulhof, im Schulgebäude

und im Klassenzimmer – nicht im Unterricht bei den Grundschülerinnen und Grundschülern.

Wir haben gesagt: möglichst konstante Lerngruppen sowie Einhaltung und Dokumentation einer festen Sitzordnung.

Wir haben in diversen SchulMails auch noch einmal auf die Entzerrung des Unterrichtsbeginns in der Zeit zwischen 7:30 Uhr und 8:30 Uhr hingewiesen.

Ich darf dazu sagen, dass es auch mit den kommunalen Spitzenverbänden Gespräche darüber gegeben hat, ob es möglich ist, diese Zeit nach hinten zu erweitern. Diese Gespräche waren sehr positiv.

Wir haben – auch dieses Mittel haben Sie schon angeführt, Frau Beer – den Rückgriff auf erweiterte Mittel zur Gewährleistung von Vertretungsunterricht. Natürlich kann es in solchen Zeiten wie diesen Unterrichtskürzungen geben und gibt es auch. Sie sind dann in Erwägung zu ziehen, wenn dies aufgrund Personalmangels oder sonstiger Engpässe unvermeidbar erscheint.

Bei coronabedingten Engpässen kann der Präsenzunterricht durch Distanzlernangebote nach Maßgabe der Distanzlernverordnung ersetzt werden. Aber grundlegende Abweichungen von der Erteilung des Unterrichts gemäß Stundentafel sind – und auch das finde ich richtig – nach wie vor mit der Schulaufsicht abzustimmen. Es kommt in den kommenden Wochen darauf an, dass diese Maßnahmen konsequent weiter angewendet werden.

Zudem werden wir die Schulen weiter entsprechend unterstützen, wie wir es schon getan haben. Ich nenne hier die Versorgung mit persönlicher Schutzausstattung, die Anschaffung von Desinfektionsmitteln – das haben wir sehr früh gemacht – bzw. das Portal, auf dem verlässliche Anbieter angefragt werden können.

Wir haben ein Landesförderprogramm für Raumlüftungsgeräte auf den Weg gebracht.

Wir haben als eines von wenigen Bundesländern eine Teststrategie der Landesregierung für das Personal an Schulen. Das ist nicht selbstverständlich und findet nicht in jedem Bundesland statt.

Wir haben das bereits erwähnte vierte Maßnahmenpaket zur Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte, wir haben das Ferienprogramm, wir haben die Instrumente von LOGINEO NRW und die diversen Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrerinnen und Lehrer und die entsprechende Handreichung dazu.

Wir haben Fortbildungsangebote, die mit großem Eifer von den Lehrerinnen und Lehrern wahrgenommen werden, und wir haben das Landesförderprogramm für zusätzliche Schulbusse.

Liebe Frau Beer, bevor Sie nach weiteren Konzepten fragen, möchte ich gerne, dass Sie das, was das

Land schon auf den Weg gebracht hat, was ich gerade vorgetragen habe, auch einmal für die Schulen als Maßnahme akzeptieren und zur Kenntnis nehmen.

Mein Anliegen ist es, die Schulleitungen in ihrer Verantwortlichkeit sowohl für den Arbeits- und Gesundheitsschutz als auch für die Erfüllung der Bildungs- und Erziehungsziele der Schulen weiter zu unterstützen und zu stärken. Auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird: Wir haben einen sehr engen und kurzen Draht zu den Beteiligten vor Ort, also den Schulleitungen, den Schulträgern und den Gesundheitsämtern.

Natürlich ist auch die Schulaufsicht mit ihrer Beratungskompetenz dabei, entsprechende Modelle und Konzepte der Schulen zusammen mit den Schulleitungen auf den Weg zu bringen. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. Das war die Antwort auf die Dringliche Anfrage. – Jetzt steht eine Nachfrage von Frau Kollegin Beer an. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. – Danke schön, Frau Ministerin, für die ausführliche Darlegung zu Anfang. Ich weiß jetzt nicht, ob es der Ministerin ansteht, das Präsidium zu kritisieren, das schließlich die Dringliche Anfrage zugelassen hat. Daher entspricht sie den Vorgaben. Das will ich jetzt gar nicht weiter kommentieren.

Ich möchte Sie aber Folgendes fragen: Sie haben in Bezug auf den von Ihnen vertretenen nordrhein-westfälischen Weg immer darauf hingewiesen, dass Sie sich an die KMK-Vereinbarungen halten. Nun hat aber Hessen seinen Vierstufenplan ausdrücklich mit dem Hinweis auf die KMK-Vereinbarung aus dem August erlassen. Die Stufe 3 sieht ein Wechselmodell und Stufe 4 Distanzunterricht vor. Berlin hat einen Vierstufenplan, Niedersachsen sieht ein Wechselmodell im Szenario B vor, das eintritt, wenn die Sieben-Tage-Inzidenz bei 100 oder höher liegt.

Wenn Ihre Haltung bislang vor allen Dingen mit anderen Bundesländern und der Vereinbarung der KMK begründet wurde, dann stellt sich für mich die Frage, warum diese Entwicklung nicht auch in Nordrhein-Westfalen mitgegangen werden kann und solche Modelle dann auch zugelassen werden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich etwas korrigieren: Ich habe hier nicht die Entscheidung des Präsidiums infrage

gestellt, sondern ich habe mir die Frage gestellt, ob es tatsächlich für die Antragstellerin eine Dringliche Anfrage gewesen ist. Aber das sei dahingestellt.

Frau Beer, ich würde gerne an dieser Stelle aus dem Beschluss der Kultusministerkonferenz „Coronapandemie“ vom 23. Oktober zitieren. Dort heißt es:

- „1. Die Kultusministerinnen und Kultusminister bekräftigen, dass das Recht auf Bildung von Kindern und Jugendlichen am besten im Präsenzunterricht in der Schule verwirklicht werden kann und Schulen als Orte auch des sozialen Miteinanders von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind. Dies muss oberste Priorität bei allen Entscheidungen über einschränkende Maßnahmen haben, die aufgrund steigender Infektionszahlen zu ergreifen sind.
2. Die Schulen haben den Umgang mit der Pandemie sehr gut bewältigt und haben sich auf mögliche weitere Maßnahmen und Szenarien zum Infektionsschutz vorbereitet. Dafür und für die gute und konsequente Umsetzung der Infektionsschutzmaßnahmen vor Ort gebührt allen am Schulleben Beteiligten, die in den vergangenen Monaten in umsichtiger und sehr verantwortungsvoller Weise das Unterrichtsangebot gewährleistet haben, großer Respekt und Dank.
3. Kinder und junge Jugendliche sind laut aktuellen Einschätzungen des Robert-Koch-Instituts, den vorliegenden Studien und aufgrund der Erfahrungen an den Schulen keine Treiber der Pandemie. Infektionen mit SARS-CoV-2 werden oftmals von Erwachsenen von außen in die Schulen eingetragen. Die Infektionszahlen in den Schulen bewegen sich derzeit bundesweit im Promillebereich und damit auf einem vergleichsweise geringen Niveau. Schulen sind somit im Vergleich zu anderen Lebensbereichen als sichere Orte anzusehen. Die Kultusministerinnen und Kultusminister werden diese Entwicklung weiterhin sorgfältig beobachten und regelmäßig entsprechende Zahlen erheben und zusammenführen.
4. Die dynamische Entwicklung der Pandemie und die steigenden Infektionszahlen sind Grund zur erhöhten Aufmerksamkeit. Auch weiterhin erfordert die Situation, auf das Infektionsgeschehen lokal, regional und landesweit sensibel zu reagieren. Die Empfehlungen von führenden Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Verbänden wie etwa der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin, des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte e. V., der Deutschen Gesellschaft für Hygiene und Mikrobiologie sowie des Robert-Koch-Instituts, wonach aufgrund von

Indikatoren jeweils über die vor Ort erforderlichen Maßnahmen zu entscheiden ist, sind neben möglichen landesspezifischen Regelungen ein zusätzlicher Orientierungsrahmen für die flexible und verhältnismäßige Reaktion im Bereich der Schulen, die immer auch in Abwägung mit anderen Aspekten des Kindeswohls erfolgt.“

Der Weg von Nordrhein-Westfalen hält sich genau an diesen Beschluss der Kultusministerkonferenz.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Paul hat eine weitere Frage. Bitte, Frau Paul.

Josefine Paul* (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, daran würde ich gerne anschließen. Sie haben gerade den KMK-Beschluss vorgetragen und auch gesagt, dass sich Nordrhein-Westfalen exakt an diesem KMK-Beschluss orientiert. Das heißt, Sie bleiben weiter dabei, dass Ihre Haltung sozusagen Ausfluss des KMK-Beschlusses ist.

Nun stellt es sich aber so dar, dass der KMK-Beschluss ganz offensichtlich keinen Widerspruch zwischen der Priorisierung von Präsenzunterricht und dem Angehen präventiver Maßnahmen aufzeigt, wie das im Übrigen die Länder Hessen, Berlin und Niedersachsen sehen. Die lesen den KMK-Beschluss offensichtlich anders als die Landesregierung.

Ich frage mich dann schon, bzw. in diesem Fall frage ich Sie, Frau Ministerin, warum sich die Landesregierung dann nicht dieser präventiven Entwicklung für Nordrhein-Westfalen anschließt, also den KMK-Beschluss nicht so umsetzt, wie es möglich ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer*, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Paul, ich habe Ihnen gerade vorgelesen, was diese Landesregierung alles an Maßnahmen zum Präventivschutz an unseren Schulen auf den Weg gebracht hat. Ich glaube, das muss ich nicht noch einmal wiederholen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Brems hat eine Frage. Bitte schön, Frau Brems.

Wibke Brems* (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, zu Beginn der Pandemie galten schwangere Lehrerinnen als Risikopersonen. Dann wurden sie wieder zum Präsenzunterricht verpflichtet. In Zeiten erhöhter Infektionszahlen erhöht sich aber auch deren Risiko. Wir alle wissen, dass Schwangere nicht normal medikamentös behandelt werden können.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Es gibt keine Medikamentierung!)

Das heißt, eine Infektion könnte bei ihnen gegebenenfalls schwerwiegendere Folgen als bei anderen Personen haben. Daher frage ich Sie, ob die Landesregierung plant, schwangere Lehrkräfte wieder als Risikopersonen anzuerkennen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer*, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Brems, die Landesregierung plant derzeit nicht, von ihren Vorgaben abzuweichen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Bolte-Richter hat eine Frage. Bitte schön, Herr Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, der Städtetag hat einen Stufenplan analog zum hessischen Vierstufenplan gefordert. Hat es in Nordrhein-Westfalen Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden dazu gegeben? Falls ja: Was waren die Ergebnisse?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer*, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bolte-Richter, wir stehen in einem ständigen Austausch mit dem Städtetag.

Ich habe noch am Montag einen zweistündigen Videochat mit dem Schul- und Bildungsausschuss des Städtetages geführt, in dem wir über alle Dinge, die in Zeiten der Coronapandemie besprochen werden müssen, was die Unterrichtsausgestaltung, aber natürlich gerade auch die Schulträgeraufgaben angeht, ausführlich gesprochen haben. Wir haben auch vereinbart, eine Gesprächsreihe aufzusetzen. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Neumann hat eine Frage. Bitte, Herr Neumann.

Josef Neumann (SPD): Herr Präsident, herzlichen Dank. – Frau Ministerin, in Solingen gibt es durchaus Schulen, die alternative Unterrichtskonzepte durchführen. Entspricht es den Tatsachen, dass in Solingen zwei Gesamtschulen ein bisher praktiziertes alternatives Unterrichtskonzept auf Weisung der Bezirksregierung nun nicht mehr praktizieren dürfen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer*, Ministerin für Schule und Bildung: Lieber Herr Neumann, da ich nicht weiß, um welche Schulen es sich handelt, kann ich Ihnen hier und heute keine Antwort geben. Ich werde der Sache nachgehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Rimmel hat eine Frage. Bitte, Herr Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Auch ich würde gerne noch einmal nach Ihrer Haltung bzw. der Haltung der Landesregierung bzw. der Haltung Ihres Hauses bezogen auf die in anderen Ländern praktizierten Modelle zu sprechen kommen.

Hier werden Hessen, Niedersachsen und Berlin genannt, die offensichtlich auf Grundlage des KMK-Beschlusses Wechselmodelle und teilweise Distanzunterricht praktizieren. Ich gehe davon aus, dass Sie das in Ihrem Hause haben bewerten lassen. Wie ist denn die Bewertung ausgefallen, und was ist Ihre Bewertung?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer*, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Rimmel, natürlich haben wir uns in meinem Haus in diesem Zusammenhang auch andere Modelle angeschaut. Wir haben auch bei uns mehrere Stufen, die wir vielleicht nicht als Stufenplan deklariert haben.

Hessen und Niedersachsen haben den angepassten Regelbetrieb zum vollständigen Distanzunterricht, den wir auch haben. Dementsprechend haben wir Vorbereitungen in Bezug auf die Handreichung und die Ausstattung unserer Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Ausstattung unserer Schülerinnen und Schüler aus bedürftigen Familien getroffen.

Auch in den Ländern, die jetzt immer wieder genannt werden, also Niedersachsen und Hessen, gilt die jeweilige Stufe lokal bzw. regional. Natürlich wird auch dort auf das Infektionsgeschehen verwiesen. Die Gesundheitsbehörde trifft dort im Benehmen mit der Schulaufsicht entsprechende Anordnungen.

Im Ergebnis handelt es sich also um nichts anderes als das, was bei uns auch passiert. Hessen hat dabei genau solche Vorkommnisse wie wir in Solingen, nämlich in Groß-Gerau.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Ott hat eine Frage. Bitte, Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Danke schön, Herr Präsident. – Frau Ministerin, es gab in den vergangenen Wochen immer wieder Hinweise, dass sehr verantwortlich handelnde Schulleiter – mit zgedrückten Augen von klugen Schulaufsichtsbeamten – bereits eigene Modelle entwickelt und umgesetzt haben.

Deshalb frage ich Sie: Stimmt es, dass die Bezirksregierungen Schulen, die bereits hybride Modelle eingeführt haben, angewiesen haben, diese zu stoppen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Ott, das kann ich Ihnen so nicht sagen. Aber auch dieser Frage werde ich nachgehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Wolf hat eine Frage. Bitte, Herr Wolf.

Sven Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, am 13. Oktober 2020 haben Sie sinngemäß gesagt, Sie hielten längere Winterferien für untauglich und unnötig.

Eben haben Sie gesagt, die Schule sei ein sicherer Ort; es sei ein dynamischer Prozess. Bei der Unterrichtung heute Morgen habe ich genau zugehört: Da haben Sie nichts dazu gesagt.

Heute Nachmittag wird dann ganz plötzlich angekündigt, die Winterferien vorzuziehen. Deshalb meine, ich gebe zu, zugespitzte Frage:

(Stefan Kämmerling [SPD]: Ehrlich?)

Wie verlässlich sind Ihre Aussagen, Frau Ministerin?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte schön.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich würde Sie gerne bitten, mir das konkrete Zitat zu nennen, wann und wo ich eine solche Aussage getroffen habe, ob ich sie genau zu dem, was jetzt auf den Weg gebracht wird, getroffen habe oder sich das nicht auf einen anderen Sachverhalt bezieht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Seifen hat eine Frage. Bitte schön, Herr Seifen.

(Sven Wolf [SPD]: Sie haben die Frage umgekehrt! Nicht Sie fragen die Abgeordneten, sondern die Abgeordneten fragen Sie!)

Helmut Seifen (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie gerade aus der KMK zitiert haben, was die Infektions- bzw. Testrate an den Schulen angeht. Ich weiß von Schulen im Münsterland, dass es etliche Lehrkräfte und auch Schüler gibt, die in Quarantäne geschickt worden sind, die sich aber putzmunter fühlen, wie mir gesagt wird.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Jetzt kommt die Stützfrage!)

Meine Frage lautet: Gedenken Sie jetzt, begleitend zu diesen Ereignissen an den Schulen, genau zu eruieren, wer von den positiv Getesteten wirklich krank ist und wer von den in Quarantäne geschickten Personen krank ist, um herauszufinden, wie gefährlich die jeweils positiv Getesteten sind?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte sehr.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Seifen, ich habe diese Antwort, glaube ich, schon im Schulausschuss gegeben. Das Ministerium gedenkt nicht, solche Abfragen zu machen. Das gilt aus unterschiedlichen Gründen, aber sicher auch aus Datenschutzgründen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Beer stellt eine zweite Frage. Bitte, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. – Frau Ministerin, wir haben gesehen, dass die Stadt Solingen als zuständige Gesundheitsbehörde gemeinsam mit den Schulleitungen einen präventiven Ansatz verfolgt hat. Weil er nicht umgesetzt werden

konnte, haben wir jetzt eine weitere Schulschließung zu registrieren.

Sie haben eben von kritischen Größen gesprochen. Ich möchte von Ihnen wissen, welche Inzidenzzahl Sie für kritisch halten, um den Schulen zu empfehlen, in ein Wechselmodell zu gehen. Wie ist das regional oder kommunal zu beschreiben? Ab welcher Inzidenzzahl würden Sie reagieren wollen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht von einer kritischen Größe, sondern davon gesprochen, dass Sie von einer kritischen Größe gesprochen haben. Ich hatte darum gebeten, dass Sie mir diese nennen.

Ich sage es noch einmal: Wir haben in dieser Pandemie zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die zur Prävention für Schülerinnen und Schüler, aber natürlich auch für Lehrkräfte und alle am Schulleben Beteiligten dienen. Wir machen das nicht an einem Inzidenzwert fest.

Ich darf Ihnen versichern, dass meine Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern es in allen Kultusministerkonferenzen in diesem Zusammenhang genauso gesehen haben. Wir haben die Empfehlungen, die das Robert Koch-Institut auf den Weg gebracht hat, in sehr vielen Bereichen umgesetzt. Sie haben vorhin von Risikogruppen gesprochen. Das gilt auch in Bezug auf die Maskenpflicht.

In einem Punkt sind sich aber alle Kultusministerinnen und Kultusminister einig: Wir werden die Empfehlung des Robert Koch-Instituts, die Klassen ab einem Inzidenzwert von 50 zu teilen, nicht umsetzen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Frau Düker hat eine Frage. Bitte, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. – Frau Ministerin, wenn man sich das Infektionsgeschehen in Nordrhein-Westfalen anschaut, so sind doch sehr starke regionale Unterschiede festzustellen. Ich habe mir gerade noch einmal die Wocheninzidenzen angeguckt. Die sind zum Teil im ländlichen Raum gegenüber Städten halb so hoch bzw. umgekehrt doppelt so hoch.

Vor dem Hintergrund dieser Lage in Nordrhein-Westfalen: Wenn Sie schon landesweit – das haben Sie gerade noch einmal bestätigt – keine Parameter für kritische Größen vorgeben, warum trauen Sie es den örtlichen Akteuren nicht zu, vernünftig zwischen Infektionsschutz und Bildungsgerechtigkeit abzuwägen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte schön.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Düker, ich traue es ja gerade den Örtlichen zu, nämlich den Schulleitungen. Es sind ja gerade die Schulleitungen, die genau wissen, wie die Situation an ihrer Schule ist.

(Lachen von Jochen Ott [SPD])

Deswegen haben wir ihnen von vornherein die Möglichkeit gegeben, entsprechende Modelle zu entwickeln.

Wenn sie den Präsenzunterricht nicht mehr geben können, dann können sie selbstverständlich – das habe ich am heutigen Tage schon mehrfach betont – mit Unterstützung der Schulaufsicht in ein Wechselmodell von Präsenz- und Distanzunterricht gehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Kämmerling hat eine Frage. Bitte, Herr Kämmerling.

Stefan Kämmerling (SPD): Danke schön, Herr Präsident, für die Worterteilung. – Frau Ministerin, wenn ich das eben erstens richtig gehört und zweitens richtig mitgeschrieben habe, dann haben Sie gesagt, dass Sie bezüglich der Konzepte mit den kommunalen Spitzenverbänden im engen Austausch stehen und – ich zitiere Sie – abgestimmt mit ihnen handeln.

Wie erklären Sie sich denn in dem Zusammenhang eine Pressemitteilung des Vorsitzenden des Städtetags Nordrhein-Westfalen von heute? Darin führt dieser aus:

„Ich sehe eine erhebliche Unruhe in zahlreichen NRW-Städten über die Haltung des Landes, weil die Regelungen nicht flexibel genug sind. Wir appellieren deshalb dringend an die Schulministerin, den Städten praxistaugliche Maßnahmen an die Hand zu geben, damit Schulen auf steigende Infektionszahlen angemessen reagieren können.“

Wenn Sie sich so gut mit denen abstimmen, wie erklären Sie sich dann dieses Statement?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen meine Sicht der Dinge dargelegt. Wenn der Vorsitzende des Städtetages eine andere Sicht hat, müssen Sie ihn fragen, warum das so ist.

(Lachen von Jochen Ott [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Rimmel stellt seine zweite und letzte Frage. Bitte, Herr Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Ministerin, ich bin etwas irritiert.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Ich auch!)

Bisher bin ich davon ausgegangen, dass für die Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes die Kommunen zuständig sind und da die entsprechenden Gesundheitsämter oder Hauptverwaltungsbeamten und nicht die Schulleitungen, wie Sie es gerade dargestellt haben.

Im Übrigen hat die Landesregierung bisher immer betont, dass zur Bekämpfung der Pandemie die Gesundheitsämter und die Kommunen die entscheidende Maßgabe vor Ort haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Stellt er noch eine Frage? – Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frage!)

– Ja, ich komme ja dazu. Es ist ungehörig, von der Regierungsbank einen Abgeordneten beeinflussen zu wollen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ganz ruhig bleiben!)

Da halten Sie sich mal ganz schön zurück.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Es ist ungehörig, nicht zu fragen! – Unruhe – Glocke)

Meine Frage kommt jetzt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Rimmel, Sie haben das Wort, und Sie stellen jetzt die Frage.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Um in diese Unordnung etwas Klarheit zu bringen, frage ich die Landesregierung – mir ist egal, wer antwortet –, ob in die aktuelle Auseinandersetzung mit der Stadt Solingen um die Erlasslage, die gegenüber der Stadt Solingen auf den Weg gebracht worden ist, die Staatskanzlei einbezogen worden ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Wer möchte die Frage beantworten?

(Christian Dahm [SPD]: Der CdS antwortet!)

Frau Ministerin, bitte schön.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entscheidung ist über das Ministerium für Arbeit,

Gesundheit und Soziales getroffen worden. Mehr, glaube ich, muss man an der Stelle nicht sagen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Dann hat Herr Rüße eine Frage. Bitte schön, Herr Rüße.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich möchte an die Frage von Frau Brems zur Situation schwangerer Lehrerinnen anknüpfen. Ich wüsste gerne von Ihnen, wann für diese Personengruppe auf welcher Basis entschieden wurde, dass sie wieder Präsenzunterricht geben können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Entscheidung ist vor – ich weiß nicht – mehreren Wochen, vor mehreren Monaten schon gefallen auf der Grundlage von Gesprächen, auf der Grundlage der Meinung des RKI, auf der Grundlage der Meinung unseres Hauses. Daran halten wir – das habe ich ja vorhin gesagt – zum jetzigen Zeitpunkt auch weiter fest.

Vizepräsident Oliver Keymis: Dann hat Herr Weiß eine Frage. Bitte schön.

Rüdiger Weiß (SPD): Danke schön. – Frau Ministerin, entspricht es den Tatsachen, dass das Gesundheitsamt vor Ort die Planungen in Solingen befürwortet, weil damit dem Infektionsschutz Genüge getan werden kann?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt eine Anordnung seitens des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Welche Entscheidungsgrundlage das Vorgehen des Gesundheitsamtes in Solingen hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

(Heike Gebhard [SPD]: Ach nee! Das ist auf Ihrer Grundlage passiert!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Neumann stellt seine zweite und letzte Frage. Bitte, Herr Neumann.

Josef Neumann (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Mich würde interessieren: Plant die Landesregierung eine Alternative zum Solinger Weg? Das heißt, arbeitet sie konkrete Rahmenbedingungen für

die Schulleitungen aus, die sie den Schulleiterinnen und Schulleitern in unserem Lande als Handlungsempfehlungen an die Hand gibt, um zum Beispiel auf dramatisch steigende Infektionszahlen individuell zu reagieren?

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Neumann, ich habe versucht – sowohl heute Morgen als auch jetzt in meinem Vortrag und bei der Beantwortung der Fragen –, zu verdeutlichen, dass es bereits ein großes Maßnahmenpaket gibt, das wir den Schulleitungen an die Hand gegeben haben, um vor Ort individuell auf das Infektionsgeschehen einzugehen bzw. Maßnahmen zu treffen. Ich kann das gerne noch einmal wiederholen, es würde aber die Sitzung hier unnötig in die Länge ziehen.

Diese Maßnahmen – der Maßnahmenkatalog, die Unterstützungsangebote seitens der Landesregierung, die flexiblen Möglichkeiten, die die Schulen haben, um auf das Infektionsgeschehen vor Ort zu reagieren – sind den Schulleitungen bekannt und werden sogar schon – das ist ja durch Herrn Landtagsabgeordneten Ott bestätigt worden – von den Schulen praktiziert.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Ott stellt seine zweite und letzte Frage.

Jochen Ott (SPD): Wenn das kein Zufall ist. Herr Präsident, danke, dass ich direkt drankomme. – Die haben das gemacht, obwohl sie es nicht dürfen. Das ist ja der Witz. Darauf wollen wir ja hinaus.

Aber meine Frage betrifft etwas anderes. Wir haben Lehrerinnen und Lehrer, die im Moment ausgefallene Kolleginnen und Kollegen vertreten, die gleichzeitig die Kinder in Quarantäne unterrichten und ihren eigenen Unterricht durchführen. Durch die Pandemie bedingt gibt es erhöhte Pausenaufsichten, es gibt erhöhte Problematiken rund um das Lüften und das Händewaschen. Das ist insgesamt für die Kolleginnen und Kollegen eine höhere Last, insbesondere in kleinen Systemen, zum Beispiel den Grundschulen, vor allem auch dort, wo viele Teilzeitkräfte, insbesondere Frauen, die oft selber Kinder haben, unterrichten. Viele berichten uns, dass sie am Limit sind.

Meine Frage an die Ministerin ist: Stimmt es, dass Sie die Schulleitungen angewiesen haben, den Lehrern zu verkünden, also den gesunden, im Einsatz befindlichen, dass von ihnen in dieser Situation unbezahlte Mehrarbeit erwartet wird?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Ott, ich glaube, wir sind uns alle darin einig, dass die Lehrerinnen und Lehrer hier bei uns momentan bzw. seit Pandemiebeginn Herausragendes leisten,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU], Franziska Müller-Rech [FDP] und Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

dass sie viel arbeiten, dass sie viel Verantwortung innehaben und auch walten lassen in Bezug auf das Wohlergehen unserer Schülerinnen und Schüler, aber natürlich auch in Bezug auf den Bildungsauftrag, den wir gesetzlich verankert haben und dem wir entsprechend nachkommen. Das machen die Lehrerinnen und Lehrer in großer Verantwortung. Ja, es ist völlig richtig, dass hier auch mehr Arbeit geleistet wird.

In Bezug auf den Punkt, den Sie hier schon angesprochen haben, gibt es intensive Gespräche sowohl mit den Personalräten – die hier natürlich auch beteiligt worden sind bzw. beteiligt bleiben – als auch mit den Verbänden. Dort erwarten wir über diese Gespräche konkrete Ergebnisse.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Frau Kapteinat hat eine Frage. Bitte schön.

(Jochen Ott [SPD]: Die Frage war doch einfach! Ja oder nein? – Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben nicht das Wort, Herr Kollege! – Stefan Kämmerling [SPD]: Sie auch nicht!)

Nein, Frau Kapteinat hat das Wort.

(Jochen Ott [SPD]: Man wird ja wohl als Parlament noch fragen dürfen! Oder ist das auch schon Majestätsbeleidigung, Herr Kollege? – Josef Hovenjürgen [CDU]: Finde dich mal in die Geschäftsordnung ein! – Jochen Ott [SPD]: Das reicht jetzt aber! – Glocke)

Kollegen, jetzt ist okay. Wir wissen, dass das eine angespannte Zeit und ein angespanntes Thema ist. Das Wort hat Frau Kapteinat.

Was die Regierung antwortet, ist Sache der Regierung, darauf haben wir hier keinen Einfluss. Wenn die Regierung so antwortet, wie sie geantwortet hat, und der Fragesteller das als nicht beantwortet empfindet, dann ist das so, aber wir können es nicht ändern.

Jetzt hat Frau Kapteinat das Wort. Bitte schön.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin Gebauer, hat Armin Laschet Sie angewiesen, die Ferien früher herbeizuführen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Frau Voigt-Küppers hat eine Frage. Bitte schön.

Eva-Maria Voigt-Küppers^{*)} (SPD): Danke, Herr Präsident. – Das schließt wunderbar an das an, was ich wissen möchte. Verstehe ich es erstens richtig, dass wir das wieder mal erst aus der Presse erfahren?

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Können Sie ein bisschen näher an das Mikrofon gehen?)

Zweitens frage ich im Hinblick darauf, dass Sie viel Wert auf den Präsenzunterricht legen, damit die Kinder neben der Bildung auch gute Betreuung erhalten können, Folgendes: Meinen Sie, dass es eine gute Entscheidung ist, schließlich gibt es in genau dieser Woche in vielen Familien einen unheimlichen Weihnachtsstress, und in vielen Firmen werden Jahresabschlüsse gemacht?

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte schön.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident, Entschuldigung, ich müsste Frau Voigt-Küppers bitten, das zu wiederholen. Ich kann es hier nicht verstehen, so sehr ich mir auch Mühe gebe. Den ersten Teil der Frage habe ich überhaupt nicht verstehen können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Die Frage lautete, ob die Entscheidung, die Ferien vorzuziehen, in Bezug auf die Familien und die Belastungen die richtige war.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Ich würde gerne auch die Einleitung hören. Ich habe nicht verstanden, was sie zu Beginn gesagt hat.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das habe ich mir auch nicht gemerkt.

(Heiterkeit von der SPD)

Aber ich kann das Mikrofon nicht wieder aufschalten. Ich habe mir die Frage gemerkt, die Einleitung habe ich nicht verfolgt. Aber wenn Sie die Frage beantworten würden, kämen wir auf den Punkt. Oder Frau Voigt-Küppers?

(Christian Dahm [SPD]: Das gibt eine Rüge, Herr Präsident!)

Bitte, Frau Ministerin.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Was ist das denn hier?)

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Entschuldigung, aber ich finde es immer ganz wichtig, dass man im Vorfeld auch alle Informationen zu der Frage bekommt.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Sonst würde sie das doch auch nicht nachfragen! – Zurufe von der SPD – Franziska Müller-Rech [FDP]: Warum tragen Sie es denn vor, wenn es nicht so wichtig ist?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich muss es technisch erklären: Ich kann Ihr Mikrofon jetzt nicht wieder aktivieren, Frau Voigt-Küppers. Das dauert lange, weil wir eine Liste haben. Das funktioniert also jetzt nicht. Wenn Sie wollen, können Sie aber ans Rednerpult treten und von da aus fragen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] tritt ans Rednerpult. – Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Vielen Dank!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, dann haben Sie das Wort.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Im Grunde genommen hat der Präsident meine Frage sehr gut zusammengefasst.

Die einleitenden Worte, die ich eben geäußert hatte, zielten darauf ab, dass ich sehr verwundert darüber bin, dass wir heute Nachmittag aus der Presse erfahren haben, dass die Weihnachtsferien vorgezogen wurden. Ich habe mich auch gewundert, dass das Parlament heute Morgen, als der ganze Komplex „Unterricht in Coronazeiten“ zur Debatte stand, nicht von Ihnen unterrichtet worden ist.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

(Zurufe)

Sie haben das Wort, Frau Ministerin. Bitte schön.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Liebe Frau Voigt-Küppers, ja, es ist richtig, ich habe mich dazu heute geäußert.

Wenn Sie die Presse aufmerksam verfolgt haben, wissen Sie, dass ich auch zu verstehen gegeben habe, dass es dieser Landesregierung sehr wichtig war, ist und bleibt, dass so viel Präsenzunterricht wie möglich stattfinden kann, dass wir aber natürlich in den Schulen unseren Beitrag dazu leisten, dass der Infektionsschutz gegeben ist.

In diesem Zusammenhang habe ich mich heute entschieden – der Ministerpräsident hatte gestern ja schon erwähnt, dass eine Entscheidung aussteht –, dass wir die letzten beiden Tage, nämlich den Montag und den Dienstag ...

(Jochen Ott [SPD]: Also hat der Ministerpräsident es doch vorgegeben!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Ich mache dann weiter, vielen Dank. – Ich habe gerade gesagt, wer die Entscheidung getroffen hat.

(Zuruf)

Natürlich, Frau Voigt-Küppers, gibt es in der vorweihnachtlichen Zeit alles Mögliche zu erledigen. Dieses Modell steht nun schon seit längerer Zeit im Raum, und ich habe

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

ganz deutlich zu verstehen gegeben, dass wir uns mit den Verbänden natürlich noch über die konkrete Ausgestaltung zu unterhalten haben.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ich möchte eigentlich die Ministerin hören! – Christian Dahm [SPD]: Nicht den Korreferenten!)

Weil wir in Bezug auf die Prüfungen ein sehr enges Zeitkorsett haben, müssen wir sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler auch in diesem Jahr ordnungsgemäße Prüfungen ablegen können. Die Klausuren, die dazu notwendig sind, müssen geschrieben werden. Wir haben heute schon den ganzen Tag darüber diskutiert und sehen es an den Zahlen, dass wir natürlich auch Schülerinnen und Schüler in Quarantäne haben.

Darüber, wie wir das trotzdem alles sicherstellen können, müssen wir in diesem Zusammenhang mit den Lehrerverbänden, mit den Schulleitungen, mit den Eltern und mit den Schülerinnen und Schülern sprechen. Außerdem müssen wir gewährleisten, dass Klausuren, die in den Oberstufen der weiterführenden Schulen für den 20. oder 21. Dezember angesetzt sind, auch geschrieben werden können.

(Zuruf)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Ich erlaube mir eine Zwischenbemerkung, weil das manchen vielleicht nicht bewusst ist: Diese Plexiglaskabinen – Herr Hovenjürgen, Sie sind davon natürlich besonders betroffen – sind quasi Schalltrichter. Das heißt, dass alles, was da besprochen wird, sehr schnell in den Raum hineingetragen wird und wir akustisch alles mitbekommen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das war die Absicht!)

Das kann manchmal sehr schön sein, aber meistens ist es nicht so gut; vor allen Dingen dann, wenn andere sprechen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Heiterkeit von Jochen Ott [SPD])

Deswegen würde ich sehr darum bitten, dass immer dann, wenn jemand das Wort hat, dieses im Hohen Hause auch respektiert wird. Die Technik, die wir für Ihren gesundheitlichen Schutz hier eingebaut haben, hat akustisch gewisse Nachteile. Deshalb bitte ich in diesem Fall einfach um ein bisschen mehr Rücksichtnahme.

Vorher, als der Saal noch nicht diese Wände hatte, war das leichter. Da konnte man etwas herüber rufen, und das hat hier vorne nicht wirklich gestört. Aber jetzt geht das aus dem Trichter heraus und kommt bei den Angerufenen unter Umständen gar nicht richtig an. Es macht nicht mehr so viel Spaß wie früher mit den Zwischenrufen und den Bemerkungen, aber das ist eine Konzession, die wir an diese Wände machen müssen.

Ich will das nur mal erläutern, mehr will ich dazu gar nicht zu sagen. Sie wissen alle, wie es gemeint ist. Ich bitte um entsprechendes Respektieren des jeweils Sprechenden, der jeweils Sprechenden.

Vielen Dank, Frau Ministerin. Jetzt hat nach meinem Plan Herr Wolf seine zweite und letzte Frage. Bitte.

Sven Wolf (SPD): Herr Präsident! – Frau Ministerin, Sie haben eben meine Frage nicht beantwortet, sondern das Ganze mit einer Gegenfrage beantwortet, ich solle doch bitte belegen, woher ich das Zitat, das ich Ihnen vorgehalten habe, genommen hätte.

Das ist ein sehr ungewöhnliches Verfahren; das will ich sehr deutlich sagen. Ich habe die Fragestunden bisher immer so erlebt, dass Abgeordnete fragen, und die Regierung antwortet – und nicht umgekehrt.

Ich würde mir unter Auslassung der Geschäftsordnung und ohne dass Herr Kollege Dr. Stamp jetzt dazwischen ruft aber trotzdem erlauben, Ihnen Ihr eigenes Zitat noch mal vorzuhalten, damit Sie sich erinnern. Ich gebe zu, es ist etwas schwer zu finden, weil

Sie es am 13. gegeben haben und es auf „RP ONLINE“ stand. Am 14. Oktober stand es dann in der gedruckten Ausgabe der „Rheinischen Post“; zweite Seite, unten rechts, dreispaltiger Artikel, in der Mitte hervorgehoben: „Der Vorschlag ist untauglich und unnötig.“ – Yvonne Gebauer, NRW-Schulministerin. Begründung: Die Idee sei – ich zitiere weiter aus der „Rheinischen Post“ – „kurzfristig weder schulorganisatorisch noch praktisch umzusetzen“.

Ähnlich äußerte sich im Übrigen der Ministerpräsident von Bayern, der sagt – ebenfalls ein Zitat aus der „Rheinischen Post“ – : Öffentliche Schulfériende-batten würden jetzt niemandem helfen und seien überflüssig wie ein Kropf.

Gestern äußerte sich der Ministerpräsident und sagte, man müsse mal darüber nachdenken. – Deswegen lautet meine Frage: Hat der Ministerpräsident, bevor er darüber nachgedacht hat, mit Ihnen darüber gesprochen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident und ich – ich glaube, auch sagen zu dürfen –, der Herr Ministerpräsident und alle meine anderen Kolleginnen sind in einem permanenten Austausch zu den unterschiedlichsten Themen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann werden entsprechend mal von dem einen und dann mal von dem anderen Ergebnisse verkündet.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Bolte-Richter stellt seine zweite und letzte Frage. Bitte, Herr Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie haben eben sowohl in der Einleitung als auch auf mehrere Fragen hin keine Stellung dazu beziehen wollen, was für Sie eine kritische Größe des Infektionsgeschehens darstellt, und den Ball dann sogar an uns als Parlament zurückgegeben. Das war insofern ein bisschen überraschend, als im Zweifel Sie als Landesregierung anweisen, entscheiden können, ob Akteure vor Ort bestimmte Wege gehen dürfen oder nicht.

Insofern scheint es ja doch irgendwelche Grundlagen zu geben. Mich würde interessieren: Was sind denn die konkreten wissenschaftlichen Grundlagen, auf denen Sie Ihre Entscheidungen treffen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Bolte-Richter, vielleicht gehen wir noch einmal zurück zum Inzidenzwert 50. Der Inzidenzwert 50 ist einmal als die Marke festgelegt worden, bei der die Gesundheitsämter noch in der Lage sind, eine Rückverfolgung in Bezug auf die Infizierten zu gewährleisten, dies gut zu managen. Das ist die Zahl 50. Die habe nicht ich festgelegt, die ist festgelegt worden. Herr Minister Laumann hat sie auch nicht festgelegt, sondern sie ist an anderer Stelle festgelegt worden.

Natürlich sind wir jetzt, wenn wir bei einem Inzidenzwert 200, 150 oder auch knapp über 100 sind, von dieser Marke weit entfernt. Es sagt aber zunächst einmal nichts über das Infektionsgeschehen an sich aus. Herr Minister Laumann hat heute Morgen in der Unterrichtung die Lage in Bezug auf die Zahlen, auf die Belegung der Krankenhäuser mit all dem, was dazugehört, was die Infektion anbelangt, deutlich dargelegt.

Dementsprechend kann man hier nicht von einer kritischen Größe sprechen, sondern wir müssen uns immer das Infektionsgeschehen vor Ort anschauen, wir müssen uns das Infektionsgeschehen im Land anschauen. Und dann müssen entweder ortsspezifische oder landesspezifische Maßnahmen getroffen werden, und das passiert.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Beer stellt ihre dritte und letzte Frage. Bitte, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie haben gerade klargemacht, worauf Sie sich nicht beziehen. Sie haben allerdings nicht klargemacht, auf welche wissenschaftlichen Grundlagen Sie sich beziehen. Sie rekurrieren darauf, dass ortsspezifische Parameter und Ereignisse dann gelten. In Solingen gelten sie offensichtlich nicht.

Jetzt komme ich zu meiner Frage. Sie haben eben gesagt, dass Sie eigentlich gar nicht wissen, warum der Gesundheitsminister die Sachen untersagt hat, und dass Sie darüber nicht informiert seien.

Ich möchte jetzt den Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann zitieren. Nach seiner Pressekonferenz wurde im WDR darüber berichtet. Da geht es um den sogenannten Solinger Sonderweg. Genau beobachtet hatte sein Ministerium auch den Solinger Sonderweg, beschreibt der WDR, in der Frage des Distanzunterrichts und ihn am Dienstag verboten. Zitat: Es kann nicht sein, dass in jeder Stadtverwaltung jetzt das Schulsystem gemacht wird, rechtfertigte Laumann die Entscheidung. Die Experten aus dem Schulministerium hätten klar aufgezeigt, dass der

Schritt, das Solinger Modell nicht zu erlauben, gerechtfertigt sei.

Ich frage die Landesregierung: Wird jetzt nach Infektionsrisiken entschieden, oder wird nach der Vorgabe des Schulministeriums entschieden? Was war denn hier überhaupt die Grundlage? Wer hat entschieden, das Schulministerium oder das Gesundheitsministerium?

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU]: Sowohl als auch! – Johannes Remmel [GRÜNE]: Coronachaos ist das!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte schön.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Laumann antwortet.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann^{*)}, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Kollegin Beer, die Situation ist doch ganz einfach. Wir haben eine Situation in Solingen gehabt, die sich vom Infektionsgeschehen nicht wesentlich von dem in anderen Städten unterschied. Trotzdem ist in Solingen eine solche Entscheidung getroffen worden. Die Linie in ganz Deutschland ist – natürlich habe ich mit der Schulministerin darüber geredet, aber ich wusste es auch schon vorher –, dass wir bei den Einschränkungen, die wir uns für den Monat November auferlegt haben, die Bereiche Schule und Kita unbedingt offenhalten wollen. Deswegen hat man sich entschieden, andere Bereiche runterzufahren.

Wir hatten im Frühjahr über drei Monate die Schulen geschlossen. Es hat zu Recht eine Riesendebatte darüber gegeben, welche Probleme wir damit ange richtet haben. Deswegen ist es eine politische Entscheidung in ganz Deutschland, die Schulen offenzuhalten.

Das Infektionsgeschehen in Solingen war nicht so weit von anderen vergleichbaren Regionen entfernt, dass es einen solchen Alleingang gerechtfertigt hätte. Ich war mit anderen Kollegen im Kabinett der Auffassung, dass wir sehen müssen, dass wir in Nordrhein-Westfalen in dieser Frage eine Einheitlichkeit behalten. Ich habe selber zwei Telefonate mit dem mir eigentlich ganz gut bekannten Oberbürgermeister von Solingen geführt. Auch die Telefonate waren so, dass ich ihn verstanden habe. Ich mag ihn im Übrigen, weil ich ihn aus anderen Zeiten kenne, KAB und so. Es ist aber einfach so, dass die Argumente nicht überzeugend waren.

Wenn ich als Gesundheitsminister gesagt hätte, wir lassen das aus infektiologischen Gründen in Solingen laufen, dann hätte ich das in jeder anderen vergleichbaren Stadt auch laufen lassen müssen. Wir müssen doch vergleichbar arbeiten. Deswegen ist die Entscheidung absolut vertretbar, auch aus Sicht des Gesundheitsministers.

(Zurufe von Jochen Ott [SPD] und Sigrid Beer [GRÜNE])

Und wenn Sie sich das Infektionsschutzgesetz anschauen, dann ist es doch so, dass diese Entscheidungen in einem Gesundheitsministerium getroffen werden, weil das Infektionsschutzgesetz eben vorsieht, dass die Gesundheitsministerien in ganz Deutschland für die Umsetzung dieses Infektionsschutzgesetzes verantwortlich sind.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Laumann. – Als Nächster hat Herr Mostofizadeh eine Frage. Bitte schön, Herr Kollege.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident, vielen Dank, dass Sie mich nach hinten gepackt haben. Dann habe ich die Chance, jetzt direkt nach dem Gesundheitsminister zu sprechen.

Er hat – gut, dass ein Westfale vorträgt – in aller Offenheit gesagt, es gehe um Gesichtswahrung der Ministerin und nicht um sonstige Entscheidungen an der Stelle.

(Beifall von der SPD – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Quatsch! Josef Hovenjürgen [CDU]: Das hat niemand gesagt!)

Ich möchte an der Stelle einen Punkt aufgreifen, weil in der Landesregierung mal der und mal der zuständig ist. Der Gesundheitsminister ist mal für schulfachliche Fragen zuständig, und die Schulleiter sind jetzt für den Infektionsschutz zuständig.

Die Schulministerin hat in ihrem Vortrag vorhin einen bemerkenswerten Satz gesagt, nämlich, dass es zum Stichtag keine besonderen Abweichungen in Solingen gegeben habe, aber dass später sehr wohl ein höherer Anstieg zu verzeichnen gewesen sei, sowohl bei den Infektionen und insbesondere bei den Quarantäneanordnungen. Die seien zu beobachten.

Deswegen frage ich die Landesregierung nach all den Vorwürfen, die wir uns heute gegenüber dem Oberbürgermeister der Stadt Solingen haben anhören müssen, insbesondere auch von der FDP-Fraktion: Haben Sie Hinweise darauf, dass das Gesundheitsamt der Stadt Solingen in fehlerhafter Weise zu viele Quarantäneanordnungen ausgesprochen hat?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Herr Mostofizadeh, nein, habe ich nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Rüße stellt seine zweite und letzte Frage. Bitte, Herr Rüße.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie haben eben zu der Personengruppe der Schwangeren ausgeführt, dass Sie an der Einstufung, dass sie unterrichten könnten, obwohl sie durchaus ein erhöhtes Risiko haben, festhalten, obwohl die Infektionszahlen deutlich ansteigen.

Da wüsste ich gerne von Ihnen, ob die Tatsache, dass diese Personengruppe weiterhin zum Präsenzunterricht verpflichtet ist, in sämtlichen fünf Regierungsbezirken einheitlich gehandelt wird, also tatsächlich alle schwangeren Lehrerinnen, die dazu in der Lage sind, auch wirklich Präsenzunterricht geben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rüße, wenn Sie die Frage schon so stellen, dann gehe ich wohl recht in der Annahme, dass Sie Kenntnisse darüber haben, dass das in den Bezirksregierungen unterschiedlich gehandhabt wird. Dann wäre ich Ihnen für einen Hinweis dankbar, um dieser Sache entsprechend nachzugehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Lück hat eine Frage. Bitte, Frau Lück.

Angela Lück (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich möchte noch einmal auf die Mehrarbeit zu sprechen kommen, die Sie von den Lehrerinnen und Lehrern erwarten, und darauf, dass sie diese ohne Vergütung verrichten. – Wir wissen, dass das so ist.

Mich würde interessieren: Wie kommen Sie eigentlich darauf, Mehrarbeit zu erwarten, ohne diese zu vergüten? Und würden Sie das eigentlich auch mit sich machen lassen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Lück, ich meine, dass ich die Frage von Herrn Ott in diesem Zusammenhang schon eindeutig beantwortet habe. Wir sind seitens unseres Hauses in einem intensiven Austausch mit den Verbänden, um hier zu einer vernünftigen Regelung zu kommen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Frau Gebhard hat eine Frage. Bitte schön.

Heike Gebhard (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich finde es wichtig, wert darauf zu legen, dass wir nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Wir haben in der Tat im Frühjahr, wie auch Herr Minister Laumann ausgeführt hat, eine völlig andere Situation gehabt.

Wir haben jetzt vierfach höhere Zahlen als im Frühjahr, und wir haben selbstverständlich gesagt, dass wir die Schäden, die dabei bei den Kindern angerichtet werden können, unbedingt vermeiden müssen. – So weit besteht, denke ich, Konsens.

Trotz der vierfach höheren Zahlen muss man jetzt aber natürlich schauen, wie man verantwortlich damit umgeht. Wenn wir uns die heute gelieferten Zahlen ansehen: Bei der 7-Tages-Inzidenz liegt Solingen bei 225. Es gibt nur vier weitere Kommunen bzw. Kreise, die noch höhere Zahlen haben. Wir reden hier also nicht über einen Inzidenzwert von 50 wie im Frühjahr, sondern wir reden hier über einen Wert von 225.

Deshalb frage ich Sie: In welcher Form wurden die Staatskanzlei und das Kabinett in die Entscheidung einbezogen, diesen Solinger Weg, der eigentlich das Ziel hatte, allen Kindern so viel verantwortbaren Präsenzunterricht wie möglich zukommen zu lassen, zu untersagen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Gebhard, so richtig verstanden habe ich die Frage nicht. Wenn ich sie aber doch verstanden habe, habe ich sie, glaube ich, vorhin schon beantwortet. Es ist eine Entscheidung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit, und Soziales gewesen, nämlich in Form der Zuständigkeit.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Lüders hat eine Frage. Bitte, Frau Lüders.

Nadja Lüders (SPD): Herr Präsident, herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Frau Ministerin, der Herr Kollege Wolf hat gerade den Artikel aus der „Rheinischen Post“ zitiert. Er stammt vom 14.10. in der gedruckten Version – das war der Mittwoch in den Herbstferien – und vom 13.10. online.

Dort werden Sie zitiert, dass die Idee einer Verlängerung der Weihnachtsferien zu kurzfristig und weder schulorganisatorisch noch praktisch umzusetzen sei. Ich bitte Sie als Bildungsministerin, mir zu erklären, wie langfristig denn dann diese Entscheidung im November ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den letzten ... Die Frage war, wie langfristig was?

(Zurufe von der SPD: Oh! – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Wenn es im Oktober zu kurzfristig ist, wie passt die Novemberfrist dazu? – Nadja Lüders [SPD]: Im Oktober sagen Sie, es ist zu kurzfristig, Sie entscheiden im November!)

– Ja, das habe ich getan.

(Nadja Lüders [SPD]: Wie langfristig ist das dann, wenn es im Oktober zu kurzfristig war? – Martina Hannen [FDP]: Achtung, Zynismus!)

– Jetzt habe ich es verstanden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Lüders, ich habe es jetzt verstanden. Diese Entscheidung ist jetzt getroffen worden, und ich habe mich in diesem Zusammenhang auch dazu geäußert und gesagt, dass ich in den kommenden Tagen noch einmal ganz intensiv das Gespräch mit den Schulleitungsverbänden, mit den Lehrerverbänden, mit den Eltern, mit den Schülerinnen und Schülern suchen werde.

Es ist in diesem Zusammenhang auch ein Beitrag zum weiteren Infektionsschutz.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: So ist es!)

– Der Gesundheitsminister nickt und befürwortet.

Es ist aber auch ein Beitrag – ich sage das ganz deutlich –, der in den letzten Tagen und in den letzten Wochen vielfach und verstärkt an mich herangetragen worden ist: Es geht darum, den Kindern, den Eltern, den Familien ein besinnliches Weihnachtsfest ohne weitere, zusätzliche Sorgen bereiten zu können.

Wenn wir das im Rahmen der Ausgestaltung, die wir jetzt mit den Schulen vornehmen, schaffen und dies

mit diesen zwei Tagen erzielen können, dann rechtfertigt das, meine ich, diese Entscheidung.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Voigt-Küppers hat noch eine weitere, und zwar ihre zweite und letzte Frage. Bitte, Frau Voigt-Küppers.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich verstehe das trotzdem nicht ganz. Die Unverständlichkeit hat Frau Lüders gerade deutlich benannt.

Ich habe erstens folgende Frage: Waren die Inzidenzwerte vor einer Woche nicht höher als in dieser Woche? Wieso brauchte es das zusätzliche Instrument?

Zweitens. Wäre es dann vielleicht nicht besser gewesen, um es auch den Eltern besser zu vermitteln, wenn man gesagt hätte: „Sollte das Infektionsgeschehen deutlich über die Zahlen hinauswachsen, die wir jetzt haben bzw. die wir am 13. Oktober hatten, dann behalte ich mir vor, solche Instrumente noch einzusetzen“?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Voigt-Küppers, ich habe schon versucht, zu erläutern, dass es auch eine weitere Maßnahme in Bezug auf den Infektionsschutz ist und dass wir es hiermit

(Nadja Lüders [SPD]: Darum geht es nicht! Sie haben im Oktober gesagt: Niemals!)

Kindern und Jugendlichen ermöglichen, gemeinsam mit ihren Eltern, aber auch mit ihren Familien unter einem höheren Infektionsschutz und mit einer größeren Sicherheit das Weihnachtsfest, das sowieso in diesem Jahr unter einem ganz besonderen Stern steht, nämlich der Coronapandemie, zu feiern. Diese Entscheidung haben wir entsprechend getroffen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Lück hat ihre zweite und letzte Frage. Bitte, Frau Lück.

Angela Lück^{*)} (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, meine Frage von eben ist nicht beantwortet worden, und ich fühle mich überhaupt nicht wahrgenommen. Sie hatte nichts mit der Frage von Herrn Ott zu tun und auch nicht damit, dass Sie Gespräche über die Vergütung von Mehrarbeit für Lehrkräfte führen.

Ich stelle die Frage jetzt noch einmal, und ich meine, dass man sie auch verstehen kann. Ich möchte gerne von Ihnen wissen: Was hat Sie dazu bewogen, Mehrarbeit von Lehrkräften nicht zu vergüten? Würden Sie das mit sich machen lassen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt einen sogenannten Mehrarbeitserlass, der Ihnen und auch Herrn Ott bekannt sein dürfte. Der regelt genau, ab wann Mehrarbeit entsprechend vergütet werden muss. Pandemiebedingt haben wir uns – ich wiederhole es noch einmal – mit den Lehrerinnen und Lehrern bzw. Verbänden über die Frage auseinandergesetzt, was es heißt, jetzt Mehrarbeit in Form von Präsenz- und Distanzunterricht zu leisten. Diese Gespräche dauern an.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Herr Mostofizadeh stellt seine zweite und letzte Frage. Bitte, Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident, vielen Dank. – Frau Ministerin, es gibt so viele Fragen, die man noch stellen könnte.

(Heiterkeit von Jochen Ott [SPD])

– Es macht auch einen Heidenspaß.

Aber nach einem Punkt möchte ich noch einmal sehr präzise fragen. Es liegt uns ein Schreiben des Verbands der Privatschulen vor, in dem sich die Privatschulen darüber beschwerten, dass ihnen seitens der Landesregierung untersagt wird, Distanz- und Hybridunterricht durchzuführen – und das obwohl offensichtlich Sie selbst in § 8 der Zweiten Verordnung zur befristeten Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gemäß § 52 Schulgesetz das in die Logik der Privatschulfreiheit gestellt haben.

Die ganz konkrete Frage: Greifen Sie widerrechtlich in die Privatschulfreiheit ein?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nein, ich greife nicht widerrechtlich in die Privatschulfreiheit ein. Sollte es solch ein Schreiben geben, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir dieses Schreiben zukommen lassen könnten, damit ich der Sache entsprechend nachgehen kann.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Frau Stotz hat eine Frage. Bitte, Frau Stotz.

Marlies Stotz (SPD): Vielen Dank. – Frau Ministerin, Sie haben gerade zu dem Fragenkomplex von Frau Lüders sinngemäß – so habe ich Sie verstanden – geantwortet, Sie hätten die Entscheidung getroffen, die Weihnachtsferien zu verlängern, und dass im Nachgang genügend Zeit sei, mit allen beteiligten Lehrern, Schulleitungen, Verbänden usw. zu sprechen. Also erfolgt erst die Entscheidung, und im zweiten Schritt können sich dann auch noch die Betroffenen zu Wort melden.

Wäre es nicht umgekehrt besser gewesen, wenn Sie mit denen, die das umsetzen müssen, zuerst gesprochen hätten, wie die das beurteilen, um auf dieser Grundlage eine Entscheidung zu treffen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! – Von der Sache her haben Sie recht. Deswegen habe ich das natürlich auch getan. Ich habe im Vorfeld in meinem Haus diese Maßnahme prüfen lassen, was es damit auf sich hat, was wir alles zu berücksichtigen haben. Nach dieser eingehenden Prüfung bin ich zu der Erkenntnis gekommen, dass wir es so machen können, wie ich es jetzt verkündet habe.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Lüders stellt ihre zweite und letzte Frage. Bitte, Frau Lüders.

Nadja Lüders (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, die Inzidenzzahlen haben ja mit schulorganisatorischen Kurzfristigkeiten erst einmal nichts zu tun.

Sie haben im Oktober gesagt, dass eine Weihnachtsferienverlängerung nicht möglich sei, weil es schulorganisatorisch zu kurzfristig wäre. Versuchen Sie mir bitte nahezubringen, wie Sie eine jetzige, nicht mehr vorhandene Kurzfristigkeit mit den derzeitigen Inzidenzzahlen begründen, die im Übrigen am 13. Oktober höher waren als heute.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Auf diese Frage würde gerne der Gesundheitsminister antworten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Herr Laumann.

Karl-Josef Laumann^{*)}, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Kollegin, es ist doch so: Es

gibt Themen, die sich entwickeln. Ich stehe schlicht und ergreifend vor der Frage, die mir gestellt wird: Was sagt eigentlich der Gesundheitsminister dazu, wenn eine Familie mit Kindern ihre 80-jährige Oma und ihren 85-jährigen Opa besuchen will. Können Sie dieser Familie empfehlen, das zu tun? – Diese Fragen sind nicht leicht zu beantworten.

Vor einigen Tagen gab es dann immer stärker die Debatte, ob wir in Nordrhein-Westfalen nicht Montag und Dienstag Ferien machen können und damit der Samstag und der Sonntag schon frei sind.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Gar keine schlechte Idee vielleicht!)

Als ich davon gehört habe, habe ich gedacht: Das ist eine Idee, die mir sehr gut gefällt.

(Nadja Lüders [SPD]: Ja, das ist alles gut!)

Eine Familie, die die Oma gerne sehen, aber auch nicht gefährden möchte, kann dann sagen: Wir nehmen uns jetzt ab Samstag und Sonntag bis Weihnachten zurück.

(Nadja Lüders [SPD]: Super!)

Das sind sechs, sieben, acht Tage, und dann kann man vielleicht mit einem besseren Gefühl zu Oma und Opa fahren.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich bin sehr froh, dass die Schulministerin diesem Gedanken sehr zugänglich war.

(Nadja Lüders [SPD]: Alles gut!)

Ich finde, wir haben hier als Landesregierung eine lebensnahe Lösung für ganz viele Familien in Deutschland getroffen. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich viele alte Leute riesig freuen werden, dass wir diese Entscheidung so getroffen haben. Dann ist es doch gut.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das wäre aber auch am 13. Oktober eine familienfreundliche Entscheidung gewesen!)

– Vielleicht war die Zeit dafür noch nicht reif. Ich kann Ihnen nur sagen, dass es eine gute Entscheidung ist. Die Menschen werden diese Entscheidung akzeptieren, und wahrscheinlich sind Sie sauer, dass Sie sie nicht selber verkünden konnten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Laumann. – Nun hat Frau Aymaz eine Frage. Bitte schön.

Berivan Aymaz* (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich bin doch sehr erstaunt

über Ihre Aussage, dass Sie keine Kenntnis über das Schreiben vom Verband Deutscher Privatschulen haben. Nach meiner Information ist Ihnen das Schreiben gestern zugeleitet worden.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Zugeleitet! Gestern!)

Meine Frage ist: Würden Sie zulassen, dass ich Ihnen das Schreiben jetzt übergebe?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer*, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! – Liebe Frau Aymaz, es kann gut möglich sein, dass das Schreiben mir gestern zugegangen ist. Wenn ich Ihnen darüber berichte, dass bei mir täglich Hunderte von Schreiben eingehen, dann ist es vielleicht nachvollziehbar, dass ich das Schreiben heute noch nicht kenne.

Ich hatte es gesagt: Sie können es mir gerne geben, aber wenn es so ist, wie Sie sagen, dass das Schreiben bei mir im Hause eingegangen ist, wird es selbstverständlich diese Woche von mir gesichtet.

(Berivan Aymaz [GRÜNE] tritt an die Regierungsbank und übergibt Ministerin Yvonne Gebauer das Schreiben.)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Frau Gebhard, zweite und letzte Frage, bitte schön.

Heike Gebhard (SPD): Danke schön. – Herr Minister Laumann hat mich veranlasst, diese Frage zu stellen, weil ich glaube, dass wir alle gerne den Familien ermöglichen wollen, dass sie Weihnachten zusammen mit den Großeltern feiern können.

Ist denn dann der Termin, ab wann die Kinder in Ferien gehen sollen, der richtige? Müsste man den nicht auf den 10. Dezember vorziehen, damit 14 Tage Quarantäne vorher möglich sind und am Heiligen Abend die Kinder tatsächlich mit Oma und Opa zusammensitzen können?

(Beifall von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: War das jetzt ein Vortrag oder ein Antrag?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte schön.

Yvonne Gebauer*, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht noch einmal: Ich habe sehr frühzeitig zu verstehen gegeben, dass ich diesen

Vorschlag – so wie es üblich ist – entsprechend prüfen lasse. Er ist von ganz unterschiedlichen Seiten an mich herangetragen worden, und ich habe gesagt, dass ich ihn in meinem Hause prüfen lasse.

So gehe ich mit den Dingen um: Wenn Vorschläge kommen, die vielleicht nicht auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen mögen – schulfachlich gesehen, eltern- und familienmäßig sehr wohl, besonders für die Kinder –, sage ich natürlich in meiner Verantwortung: Wir prüfen es. – Und wir haben es in der Vergangenheit geprüft.

Ich habe Ihnen dargelegt, dass dabei solche Dinge zu berücksichtigen sind wie: Wir gehen wir mit Prüfungs- und Klausurterminen um, die schon vorgegeben sind? Wie gehen wir mit den Kindern um, deren Eltern – etwa in systemrelevanten Berufen – sich am Montag und am Dienstag nicht freinehmen können?

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Was machen wir mit der Notbetreuung? Wo gehen wir mit diesen Kindern hin?

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Das alles sind Fragen, die zu klären waren und die aufgeworfen werden mussten. Diese werden jetzt mit den Verbänden geklärt.

Ich denke, Herr Minister Laumann hat zu diesem Teil schon vieles gesagt. Aus Sicht des Infektionsschutzes hat die Landesregierung, habe ich dann diese Maßnahme verkündet.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Schultheis hat eine Frage. Bitte.

Karl Schultheis (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich habe eine Nachfrage an Herrn Minister Laumann, die sich an das anlehnt, was die Kollegin gerade gefragt hat: Heißt das, was Sie eben ausgeführt haben, dass die Kinder am letzten Tag dann in Quarantäne gehen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann^{*)}, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Wir werden als Landesregierung mit Sicherheit keine Quarantäneverordnung für die Schulkinder machen – weder für den Montag oder Dienstag noch für den Samstag oder Sonntag.

Ich bin der Meinung, dass wir hier bei der Frage der Eigenverantwortung sind. Wir geben den Menschen, die auf ihre Großeltern – vielleicht auch weil sie vorbelastet sind – achten wollen, die Möglichkeit, nach einer besonderen Zurückhaltung an diesen Tagen mit einem etwas ruhigeren Gewissen – es ist logisch,

dass es hilft, wenn man sich sechs Tage zurückgenommen hat – ihre Großeltern am Weihnachtstag besuchen zu können.

Ich finde, die Landesregierung hat eine lebensnahe Lösung gefunden, die man aus Sicht des Gesundheitsministers nur unterstützen kann.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Gesundheitsminister. – Als Nächstes hat Frau Paul ihre zweite und letzte Frage. Bitte, Frau Paul.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herr Gesundheitsminister, Sie müssen für mich einmal auflösen, wie die immer wieder vorgetragene Aussage, dass vor allem Kinder nicht so sehr zum Infektionsgeschehen beitragen, mit den Ausführungen in Bezug auf Coronakarenz und Coronaquarantäne mit Blick auf Weihnachten zusammenpassen.

Wir alle teilen das Ansinnen, dass Familien gemeinsam Weihnachten feiern können sollten. Da sind wir gar nicht auseinander. Aber wenn ich es einmal etwas überspitzt formulieren darf: Einerseits sind Kinder nicht infektiös, andererseits machen wir eine Karenzzeit. Sind Kinder jetzt nur in der Weihnachtszeit tendenziell infektiös, sodass man eine Coronaquarantäne machen muss?

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister Laumann, Sie sind angesprochen worden und haben die Möglichkeit, jetzt zu antworten.

Karl-Josef Laumann^{*)}, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Kollegin, Sie sagen selber, dass Sie diese Lösung auch ganz gut finden, dass Sie sie nachvollziehbar finden. Dann freuen Sie sich doch, dass Sie eine pragmatische Landesregierung haben, die es so entschieden hat.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP – Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Ich glaube, früher – ich bin ja etwas älter als Sie – hätten wir so etwas eine gelungene Eselsbrücke genannt, um mit gutem Gewissen nach Oma und Opa zu fahren.

(Heiterkeit)

So einfach ist die Welt. Nehmen Sie es einfach zur Kenntnis. Die Menschen werden diese Entscheidung nachvollziehen, sie werden sie gut finden, und damit ist die Sache politisch erledigt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Laumann. – Jetzt hat Herr Dahm noch eine Frage. Bitte schön, Herr Kollege Dahm.

Christian Dahm (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Früher war auch mehr Lametta, Herr Minister; das können wir auch festhalten.

Ich freue mich, dass Sie so pragmatische Lösungen anbieten und angedacht haben. Haben Sie in dem Zusammenhang an die Kinder, die in der Notbetreuung sind, gedacht, wie der Übergang gestaltet werden könnte? Haben Sie in diesem Zusammenhang die Gespräche mit der Freien Wohlfahrtspflege geführt?

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister Laumann ist gefragt, Herr Minister Laumann wird sicherlich auch antworten.

(Zuruf von Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung)

– Herr Minister Laumann antwortet nicht, sondern Frau Gebauer. Bitte, Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Ich bin so angeschaut worden, daher habe ich das als freundliche Aufforderung gesehen, entsprechend zu antworten.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Dahm, ich hoffe, ich habe die Frage richtig verstanden, dass in Bezug auf die Notbetreuung, was ich angesprochen habe, hier auch die Gespräche mit der Freien Wohlfahrtspflege geführt werden. Das ist selbstverständlich, natürlich. Wir kommen dann wieder in eine Situation, wie wir sie schon einmal hatten, indem wir die Notbetreuung für die Kinder von Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten, sicherstellen mussten, was richtig gewesen ist.

Wenn wir hier jetzt genauso handeln, dass wir es auf der einen Seite möglich machen, mit dieser Maßnahme ein Stück weit mehr Sicherheit in Bezug auf den Infektionsschutz zu geben, dann müssen wir auf der anderen Seite – deswegen habe ich gesagt, dass man über solche Vorschläge, die schon frühzeitig an mein Haus herangetragen worden sind – klug nachdenken und wissen, was es am Ende des Tages mit sich bringt, mal eben den Schülerinnen und Schülern zwei Tage zusätzlich freie Zeit zu geben. Deswegen ist es wichtig zu schauen, was mit den Kindern, was mit den Jugendlichen passiert, die nicht zu Hause bleiben können, weil keine Versorgung sichergestellt ist. In diesem Zusammenhang müssen wir das für diese Schülerinnen und Schüler organisieren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Blask hat noch eine Frage. Bitte schön, Frau Blask.

Inge Blask^{*)} (SPD): Frau Ministerin Gebauer, Herr Minister Stamp hat heute Morgen in der Diskussion der SPD vorgeworfen, wir würden mit dem Solinger Modell alle Schülerinnen und Schüler ins Homeoffice schicken. Das habe ich hier so gehört.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Würden Sie diese Formulierung auch so unterstützen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte schön.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich dazu gerade eben im Rahmen der Diskussion zu dem letzten Tagesordnungspunkt geäußert.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen keine weiteren Fragen vor. Ich bedanke mich bei Frau Ministerin Gebauer und bei Herrn Minister Laumann für die Beantwortung der Fragen in dieser Fragestunde, die genau 19 Minuten länger gedauert hat als eine normale Fragestunde, die eigentlich 60 Minuten lang ist. Wir sind bei knapp 80 Minuten gelandet und somit am Schluss der Fragestunde.

Wir haben aber noch die

Mündliche Anfrage 85

des Herrn Abgeordneten Stefan Kämmerling von der Fraktion der SPD zu dem Thema „Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die kommunalen Gesundheits- und Ordnungsämter mit landeseigenem Personal zu unterstützen?“ Jetzt ist die Frage, Herr Kämmerling, ob Sie eine schriftliche Beantwortung wünschen oder ob es in der nächsten Fragestunde behandelt werden soll. Bitte.

Stefan Kämmerling (SPD): Wir verschieben es auf das nächste Plenum.

Vizepräsident Oliver Keymis: Für das nächste Plenum. Dann wird das so aufgenommen und entsprechend auf die Tagesordnung für die Fragestunde im nächsten Plenum gesetzt. Vielen Dank, Herr Kollege Kämmerling.

Damit schließe ich die Fragestunde für heute, 20:14 Uhr.

Ich rufe nicht das Wetter, sondern den nächsten Tagesordnungspunkt auf: